

Presseinformation:

Der anberaumte Bildungsgipfel ist eine Farce Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger wird selbst gestecktem Anspruch nicht gerecht

Das deutsche Bildungssystem befindet sich in der Krise. Der eklatante Mangel an Lehrkräften ist nur ein Symptom von vielen. Es ist nicht übertrieben, wenn wir heute wieder von einem Bildungsnotstand sprechen. Ein Bildungsnotstand, der wesentlich zu Lasten von Schüler*innen und Lehrkräften geht und der den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft gefährdet.

Die GGG erwartet von Bildungspolitiker*innen und der Bildungsadministration, die Krise als Chance zu begreifen und ihrer Verantwortung nachzukommen. Es reicht nicht mehr die Symptome zu behandeln, so wie es zurzeit in vielen Bundesländern in oft hektischen Aktivitäten geschieht. Die Probleme sind offensichtlich:

Auf Dauer wird sich die Bildungskrise insgesamt nur dann lösen lassen, wenn unser Bildungssystem grundlegend reformiert wird. Über Versäumtes und falsch gesetzte Prioritäten ist nachzudenken. Erforderlich ist eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der Schule und Bildung. Der von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vorgesehene Bildungsgipfel könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir wollen gemeinsam darauf hinwirken, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Entwicklung und Verwirklichung hat. Dazu werden wir einen Bildungsgipfel einberufen, auf dem sich Bund, Länder, Kommunen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über neue Formen der Zusammenarbeit und gemeinsame ambitionierte Bildungsziele verständigen.“

Für den 14./15.3.2023 ist vom BMBF unter dem Titel „Chance Bildung“ zu einer Veranstaltung eingeladen, in der lediglich ein (dreistündiger) Tagesordnungspunkt vorgesehen ist, der zu Unrecht den Titel „Bildungsgipfel“ trägt. Vor dem Hintergrund des Vorhabens aus dem Koalitionsvertrag ist das eine Farce. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihrer Verantwortung in der Bildung gerecht zu werden und ihren eigenen Anspruch aus dem Koalitionsvertrag zu erfüllen. Dazu der GGG-Vorsitzende Dieter Zielinski „Frau Ministerin: Organisieren Sie einen Bildungsgipfel, der Ihrem selbstgesteckten Anspruch gerecht wird. Unsere Unterstützung haben Sie!“

Dortmund, den 13.03.2023